

**E3****Titel** Grenzenlos. Sozial. Europa.**AntragstellerInnen** Baden-Württemberg**Zur Weiterleitung an** angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

---

## Grenzenlos. Sozial. Europa.

1 Wir Jusos leben Europa. Die Einigung der europäischen Nationen hat unserem Kontinent Frieden, Wohlstand  
2 und gesellschaftlichen Fortschritt gebracht. Seit Beginn der europäischen Integration werden Konflikte nicht  
3 mehr mit Waffen, sondern mit Worten ausgetragen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Flucht hunderttau-  
4 sender Menschen nach Europa und ein erstarkender Rechtsnationalismus stellen die EU allerdings vor eine  
5 Zerreißprobe. Wir Jusos stehen unerschütterlich zum europäischen Einigungsprojekt. Aber wir wissen: Für  
6 einen Erfolg der europäischen Idee braucht es Reformansätze und den politischen Willen, diese auch umzu-  
7 setzen.

8 Unsere Vision ist ein geeintes Europa, in dem soziale und geografische Grenzen überwunden werden, in dem  
9 Wohlstand gerecht verteilt wird und in dem Armut der Vergangenheit angehört. Wir wollen ein Europa, das sei-  
10 nen eigenen Grundwerten des Humanismus und des Schutzes der Würde des Menschen auch in Zeiten großer  
11 Herausforderungen, wie der Flüchtlingsfrage oder Wirtschaftskrisen, unabdinglich gerecht wird. Dafür müssen  
12 wir Europas Institutionen neu ordnen und demokratischer machen, dafür braucht es ein neues, reformiertes  
13 Wirtschafts-, Währungs- und Finanzsystem und eine Neuordnung europäischer Außenpolitik. Denn gerade in  
14 global unruhigen Zeiten braucht es eine Europäische Union, die ihrer globalen Verantwortung in jeder Hinsicht  
15 gerecht wird. Für dieses Europa werden wir mit vereinten Kräften streiten.

### 16 **Eine demokratische, föderale und transparente Ordnung für Europa**

17 Seit 1925 bekennt sich die deutsche Sozialdemokratie zu den Vereinigten Staaten von Europa. Wir wollen die-  
18 ses Bekenntnis bekräftigen und erneuern. Unsere Vision ist, dass der Jahrzehnte währende Integrationspro-  
19 zess der europäischen Gemeinschaft in einer europäischen Verfassung mündet, die einen europäischen Bun-  
20 desstaat begründet.

21 Die Architektur der europäischen Institutionen beruhte zu oft auf politischen Einzelinteressen. Meist standen  
22 Machtinteressen der starken Nationalstaaten stärker im Fokus als die Ausgestaltung einer funktionsfähigen  
23 und demokratischen Europäischen Union oder gar die Schaffung eines funktionsfähigen, demokratischen und  
24 sich selbst kontrollierenden politischen Bundesstaat.

#### 25 *Das Europäische Parlament als demokratisches Zentrum*

26 Das Europäische Parlament muss zur Herzkammer der europäischen Demokratie werden. Die bisherigen  
27 Rechte des Parlaments werden diesem Anspruch aber leider nicht gerecht. Als direkt gewählte Volksvertre-  
28 tung soll es mit einem starken Mitspracherecht, der Möglichkeit zur Gesetzgebungsinitiative, Haushalts- und  
29 Kontrollrechten gegenüber der Exekutive gestärkt werden. Das Übergewicht der nationalen Regierungen im  
30 europäischen Gesetzgebungsverfahren wollen wir durch eine Stärkung des Parlaments überwinden. Die Pra-  
31axis nationaler Regierungen, weitreichende europäische Verträge am Parlament vorbei in plurilateralen Verein-  
32barungen abzuschließen, wie es im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise stattgefunden hat, wollen wir  
33 beenden.

34 Wir wollen den transnationalen Charakter des Europäischen Parlaments weiter ausbauen: Hierfür fordern wir  
35 die Einführung eines einheitlichen Wahlrechts nach dem Vorbild der personalisierten Verhältniswahl sowie

36 europäische Wahllisten und transnationale Wahlkreise. Die Rechte der Unionsbürgerschaft wollen wir weiter  
37 ausbauen: Bei jeglichen Wahlen und Volksabstimmungen auf allen Ebenen sollen UnionsbürgerInnen in dem  
38 Mitgliedsstaat, in dem sie ihren ständigen Wohnsitz haben, wählen dürfen. Zudem sollen langfristig alle Mit-  
39 glieder der Party of European Socialists bei Europawahlen als PES und nicht in der nationalen Parteiform  
40 antreten. Neben dem Cooperative Design soll ein gemeinsames Wahlprogramm ausgearbeitet und ein gemein-  
41 samer Wahlkampf geführt werden.

#### 42 *Die Europäische Kommission als echte europäische Regierung*

43 Die Europäische Kommission wollen wir in eine echte europäische Regierung umwandeln. Es gilt, das Prinzip  
44 „Ein Kommissar pro Mitgliedsstaat“ abzuschaffen und die Größe der Kommission zu reduzieren. Eine euro-  
45 päische Regierung soll die EU nach außen durch ein europäisches Außenministerium vertreten sowie durch  
46 ein Finanzministerium einen eigenen, vom Parlament beschlossenen, Haushalt verwalten. Die Kommission  
47 soll durch das Europäische Parlament gewählt werden. Das Prinzip der Spitzenkandidatur wollen wir erhalten,  
48 jegliche Abkehr davon würde der Wahrnehmbarkeit europäischer Politik einen schweren Rückschlag ertei-  
49 len.

#### 50 *Gewaltenteilung in Europa*

51 Wir Jusos wollen auf europäischer Ebene ein echtes Zweikammernsystem etablieren, in dem die Regierun-  
52 gen der Nationalstaaten in einem kontrollierenden, legislativen Organ vertreten sind. So kann gewährleistet  
53 werden, dass die Nationen und Regionen Europas weiterhin am Entscheidungsprozess beteiligt sind und der  
54 politische Wille der Mitgliedsstaaten abgebildet wird. Um eine handlungsfähige, demokratische Union zu eta-  
55 blieren, muss das bestehende Ratssystem allerdings umgebaut werden. Statt Einstimmigkeitsprinzip sollen  
56 künftig Mehrheitsentscheidungen zur Regel werden.

57 Unser klares Ziel ist eine europäische Verfassung. Den EuGH wollen wir bei Erreichung einer solchen zum euro-  
58 päischen Verfassungsgericht weiterentwickeln, dessen Aufgabe das Wahren der Prinzipien der europäischen  
59 Verfassung, das Klären von Organstreitigkeiten, die Sicherstellung einer einheitlichen Auslegung europäischen  
60 Rechts sowie konkrete und abstrakte Normenkontrollen sein sollen. Wir Jusos wissen allerdings: Die EU ist  
61 als politisches Bündnis nur dann handlungsfähig, wenn Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs ver-  
62 bindlich gelten. Bis zur Einführung einer europäischen Verfassung müssen dem EuGH bei Missachtung von  
63 Beschlüssen Sanktionsmöglichkeiten zugestanden werden und konsequent Anwendung finden.

64 Das Bundesverfassungsgericht hat einem weiteren Ausbau der europäischen Kompetenzen eine klare Hürde  
65 gesetzt: Die Bürgerinnen und Bürger müssen den Vereinigten Staaten von Europa durch einen Volksentscheid  
66 ihre Zustimmung geben. Für uns ist daher klar: Es wird keine europäische Verfassung ohne eine Beteiligung  
67 der Bürgerinnen und Bürger geben.

#### 68 *Transparenz als Voraussetzung der Demokratie*

69 Schon heute ist die EU vielfach transparenter als viele Mitgliedstaaten. Nahezu alle wesentlichen Dokumente  
70 europäischer Institutionen sind online einsehbar, durch Anhörungsverfahren werden viele Interessensgrup-  
71 pen, Verbände, Gewerkschaften und Beteiligte bei Anliegen der EU miteinbezogen. Dabei wissen wir Jusos: Das  
72 reine Bereitstellen von Dokumenten im Netz reicht für eine transparente Europäische Union nicht aus. Die Ent-  
73 scheidungsfindung wollen wir transparenter gestalten und verhindern, dass intransparente Absprachen das  
74 Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die europäische Demokratie untergraben. Der europäische Trilog  
75 soll daher abgeschafft werden.

#### 76 *Ohne Kommunen ist ein starkes Europa undenkbar*

77 In den Kommunen liegen die Wurzeln unserer Demokratie. Wir gestalten vor Ort das Zusammenleben in un-  
78 serem Gemeinwesen. Vor Ort – wo sich Menschen begegnen – beginnt Völkerverständigung. Dank der EU-  
79 Freizügigkeit können Bürgerinnen und Bürger in jedem EU-Land leben und arbeiten. Dieser Meilenstein des  
80 Zusammenwachsens gilt es neben den anderen Grundwerten innerhalb der EU zu schützen. Durch das Kom-  
81 munalwahlrecht für EU-Ausländer\*innen haben unsere Kommunen bereits einen wichtigen und innovativen  
82 Weg eingeschlagen. Diesen gilt es fortzusetzen. Durch Schul- und Städtepartnerschaften der Kommunen ent-  
83 stehen nicht nur Freundschaften in ganz Europa, sondern auch Bollwerke der Demokratie und Freiheit. Hier ist  
84 der europäische Gedanke gelebte Praxis. Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) als eine beratende  
85 Einrichtung der EU muss in seiner Rolle und Funktion ausgebaut und die Kommunen gestärkt werden. Da 70

86 bis 80% der in der Europäischen Union beschlossenen Regelungen einen direkt kommunalen Bezug haben,  
87 müssen die kommunalen Vertreter die Möglichkeit haben eine europäische Rechtsetzung aktiv mitgestalten  
88 zu können. Denn wer Gesetze und Verordnungen umsetzen muss, sollte auch im Prozess der Rechtsetzung  
89 mitbestimmen können.

### 90 **Dem Rechtsruck durch europäische Werte und lebendigen Austausch begegnen**

91 Wir verstehen Europa als Wertegemeinschaft, basierend auf Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlich-  
92 keit und der Wahrung der Menschenrechte. Viele dieser Werte leben und erleben EU-BürgerInnen jeden Tag.  
93 Doch gerade in Zeiten von zunehmendem Rechtspopulismus und Nationalismus wird deutlich, dass diese  
94 Werte nicht selbstverständlich sind.

#### 95 *Den inneren Zerfall europäischer Grundwerte stoppen*

96 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen seit über 150 Jahren für die Sicherung von Demokra-  
97 tie und Rechtsstaatlichkeit. Nationalpopulistische Tendenzen, Einschränkungen von Meinungs- und Versamm-  
98 lungsfreiheit sowie Schwächungen der Justiz wie beispielsweise in Polen und Ungarn zeigen, dass dieser Kampf  
99 keinesfalls an Aktualität verloren hat. Doch wissen wir auch, dass die vielschichtigen Ursachen solcher Entwick-  
100 lungen nicht eindimensional betrachtet werden dürfen. Um der Entstehung solcher Entwicklungen vorzubeu-  
101 gen und sie erfolgreich zurückzudrängen, gilt es diese tiefgehend zu analysieren und zu verstehen.

102 Für uns Jusos ist deutlich, dass es im Falle eklatanter Verstöße gegen Grundwerte der EU durch Mitglieds-  
103 staaten nicht bei mahnenden Worten bleiben kann. Die EU muss Einflussmöglichkeiten voll ausschöpfen und  
104 Grenzen aufzeigen, etwa durch automatisierte Sanktionen, wenn Mitgliedsstaaten grundlegende Prinzipien  
105 der EU missachten. Gerade finanzielle Sanktionen zeigen sich als besonders wirkungsvoll, wobei die Gefahr  
106 des Abwürgens proeuropäische Tendenzen berücksichtigt werden müssen. Daher sprechen wir uns auch für  
107 positive Anreize und Förderung demokratischer Institutionen aus. Bei anhaltenden Verstößen gegen die euro-  
108 päischen Grundwerte soll nach Bestätigung des EuGH ein temporärer Stimmentzug möglich werden.

109 Denn klar ist: eine Ausweitung der Kompetenzen europäischer Institutionen kann nur dann gelingen, wenn  
110 Vertrauen darin besteht, dass alle Mitglieder der EU die gemeinsamen Regeln, Grundwerte und Entscheidun-  
111 gen auch akzeptieren. Gelingt es nicht, dieses Bekenntnis von allen EU-Mitgliedern zu gewährleisten, ist eine  
112 stärkere Integration Europas vorerst zum Scheitern verurteilt. Wir wollen einen gemeinsamen Fortschritt in  
113 Europa und kein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Die innere Ordnung und Verbindlichkeit wiederherzu-  
114 stellen, muss daher oberste Priorität für alle EU-Institutionen haben.

#### 115 *Innereuropäische Völkerverständigung fördern*

116 Den Austausch zwischen den Menschen in der EU wollen wir weiter stärken: Die unter Erasmus+ zusammen-  
117 gefassten Programme – das Studierendenaustauschprogramm Erasmus, das Master- und Doktorandenpro-  
118 gramm Erasmus Mundus, Erasmus für JungunternehmerInnen, ErasmusPro für Auszubildende, Comenius für  
119 Schulbildung, Leonardo da Vinci für Berufsbildung und Grundtvig für Erwachsenenbildung – wollen wir weiter  
120 ausbauen, um noch mehr Menschen über die Grenzen der Mitgliedsländer zusammenzubringen. Insbeson-  
121 dere der internationale Austausch von Auszubildenden im muss dabei vereinfacht und die noch stärker ge-  
122 fördert werden. Auch außerhalb der Universitäten und Hochschulen muss das europäische Projekt für junge  
123 Menschen erlebbar sein. Wir begrüßen in diesem Kontext die Pläne der EU-Kommission Jugendlichen mit dem  
124 Programm „DiscoverEU“ eine kostenlose Möglichkeit zu geben, Europa zu erkunden. Wir streben an, dass dies  
125 künftig allen jungen Menschen möglich wird.

126 Das europäische Bewusstsein wird auch durch eine stärkere Öffentlichkeit geschaffen. Wir wollen eine leben-  
127 dige, politische EU. Zu diesem Zweck wollen wir einen europäischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk schaffen,  
128 welcher ein journalistisch hochwertiges Angebot bietet. Dieses soll die Vielfalt und die Gemeinsamkeiten der  
129 gesamteuropäischen Öffentlichkeit widerspiegeln und zur Verständigung untereinander beitragen.

### 130 **Bewährungsprobe für Europa – eine gerechte Asyl- und Migrationspolitik**

131 Die nationalistischen und rechtspopulistischen Bewegungen traten in Europa vermehrt zum Höhepunkt der  
132 Flucht vieler Menschen in die EU auf. Wir Jusos erkennen aber, dass dies nur einer der Anlässe, nicht aber der  
133 Grund für diese Tendenzen ist.

134 Die Europäische Union, die noch vor wenigen Jahren mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, kann

135 nicht länger zulassen, dass Menschen vor ihrer Außengrenze hilflos ertrinken. Diesen Zustand, der mit den  
136 Menschenrechtsstandards der EU in keiner Weise in Einklang zu bringen ist, können wir nicht länger hinneh-  
137 men.

138 Die Grenzschutzagentur Frontex muss daher unter vollständige demokratische Kontrolle gestellt und dem Ziel  
139 des Schutzes des menschlichen Lebens verpflichtet werden. Nach dem Vorbild der Mission „Mare Nostrum“  
140 der italienischen Armee muss eine europaweite Seenotrettung initiiert werden, deren Finanzierung an den  
141 Umfang der Not angepasst werden muss. Wir pochen auf das Verbot von Push-Back-Aktionen, die wir als Ver-  
142 letzung des Non-Refoulement-Gebots der Genfer Flüchtlingskonvention sehen. Um den Menschen die zum  
143 Teil lebensgefährliche Flucht nach Europa nicht zuzumuten, fordern wir außerdem, zu prüfen, inwiefern die  
144 Einrichtung von Aufnahmezentren auf dem afrikanischen Kontinent möglich ist. Auch wollen wir die Möglich-  
145 keit von Boftchaftsasyl international prüfen.

146 Die vielen Menschen auf der Flucht stellen die innereuropäische Solidarität vor eine schwere Probe. Die Ver-  
147 säumnisse Deutschlands, das zu lange auf dem ungerechten Dublin-II-System beharrte, erweisen sich nun als  
148 folgenreicher Fehler. Wir wissen, dass eine Lösung für die Geflüchteten nur gesamteuropäisch gelingen kann.  
149 Staaten, die besonders vielen Geflüchteten Schutz bieten, dürfen nicht länger alleine gelassen werden. Wir for-  
150 dern auf europäischer Ebene einen Verteilungsschlüssel. So müssen sich Länder, die eine Aufnahme von Ge-  
151 flüchteten verweigern, vollumfänglich an den gesamteuropäischen Kosten für die Wahrung des Grundrechts  
152 auf Asyl und des Schutzes von Geflüchteten beteiligen. Staaten, die sich dieser Aufgabe entziehen, verweigern  
153 sich ihrer Verpflichtung zur europäischen Solidarität und müssen daher sanktioniert werden.

154

155

156 *Schengen verteidigen – offene Binnengrenzen erhalten*

157 Wir Jusos wissen, dass ein Europa der offenen Binnengrenzen nur durch gesicherte Außengrenzen funktio-  
158 nieren kann. Dabei stellen wir Jusos uns allen Versuchen rechtskonservativer PopulistInnen, Sicherung mit  
159 Abschottung gleichzusetzen, klar entgegen. Wir wollen ein offenes Europa klarer rechtstaatlicher Standards,  
160 keine abgeschlossene Festung, die etwa das Grundrecht auf Asyl verwehrt. Die Sicherung der Außengrenzen  
161 verstehen wir als gesamteuropäische Aufgabe, die nicht den teils radikal und menschenunwürdig agieren-  
162 den, teils überlasteten Nationalstaaten überlassen werden darf. Dabei bedeutet Sicherung vor allem, keinen  
163 unüberwindbaren Schutzwall aufzuziehen, sondern vielmehr die Übersicht über Personen und Güter zu be-  
164 wahren, die Europa betreten und verlassen.

165 Wir Jusos bekennen uns uneingeschränkt zum Schengen-Abkommen und wollen dieses verteidigen. Grenzkon-  
166 trollen dürfen nur in absoluten Ausnahmefällen temporär äußerst eng begrenzt erfolgen. Der freie Waren-  
167 und Dienstleistungsverkehr und die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit sind essentiell für unseren Wohlstand  
168 und das Funktionieren unserer europäischen Wirtschaft.

169 Doch nicht nur Waren auch Personen müssen uneingeschränkt in Europa reisen können, auch der grenzüber-  
170 schreitende ÖPNV ist zwingend auszubauen. Wir fordern eine deutliche Erhöhung grenzüberschreitender Ver-  
171 bindungen in die europäischen Nachbarländer. Dafür müssen mehr Mittel bereitgestellt werden.

172 *Minderheitenschutz in Europa*

173 Wir verstehen es als Grundrecht aller Menschen, die sich auf dem Gebiet der EU aufhalten, vor Diskriminierung  
174 und Verfolgung geschützt zu sein. Die EU muss ihrer in der EU-Grundrechtecharta beschlossenen Pflicht der  
175 antidiskriminierenden Politik vollumfänglich nachkommen. Gerade im Umgang mit den Schwächsten zeigt  
176 sich die wahre Stärke europäischer Werte. Wir fordern die konsequente Umsetzung der EU-Empfehlungen  
177 zum Schutz beispielsweise von kulturellen und sprachlichen Minderheiten. Dafür müssen wir auf europäi-  
178 scher Ebene darauf drängen, dass alle Mitgliedstaaten die *Framework Convention for the Protection of National*  
179 *Minorities* (FCNM) und die *European Charter for Regional or Minority Languages* (ECRML) zeitnah ratifizieren. Zur  
180 konsequenten Gleichstellung der Geschlechter fordern wir, die EU-Frauencharta weiterzuentwickeln.

181 Der Kampf gegen Diskriminierung basiert auf Bildung, Prävention und konkretem rechtlichen Schutz. Die EU  
182 muss Investitionen im Kampf gegen Diskriminierung erhöhen, Fördermittel für Kultur- und Dokumentations-  
183 zentren ausweiten und sich finanziell an Bildungs-, Aufklärungs- und Forschungsprojekten stärker beteiligen.  
184 Dabei wollen wir mit den betroffenen Gruppen sprechen und nicht nur über sie, daher müssen diese bei der

185 Erstellung entsprechender Initiativen eng eingebunden werden. Selbstbestimmung, Teilhabe und Emanzipa-  
186 tion sind die Prinzipien, nach denen die Antidiskriminierungspolitik der EU funktionieren sollte.

187 Die bisher auf unterschiedliche Kommissariate verteilte Aufgabe des Minderheitenschutzes und der Gleich-  
188 stellung wollen wir in einem zuständigen Kommissariat für Minderheitenschutz und Gleichstellung bündeln.  
189 In diesem Kommissariat müssen Anlaufstellen für Betroffene auf europäischer Ebene unter Einbeziehung der  
190 Wünsche von Betroffenen geschaffen werden. Auch kann dieses bei Minderheitenkonflikten innerhalb von  
191 Mitgliedsstaaten vermittelnd tätig werden.

192 Wir fordern die Etablierung einer europäischen Staatsbürgerschaft. Gerade für betroffene staatenlose Minder-  
193 heiten, wie etwa die Sinti und Roma in Osteuropa, muss es möglich sein, das Aufenthaltsrecht in dem Land,  
194 in dem sie leben, zu erhalten. Ebenso müssen sie eine Arbeiterlaubnis erhalten und sich sozial versichern  
195 können. Wie jeder anderen Person in der EU steht ihnen ein Existenzminimum an finanzieller Unterstützung  
196 zu. Durch die Staatsbürgerschaft wird politische Teilhabe gewährleistet.

### 197 **Das soziale Versprechen Europas**

198 Wir Jusos wissen, dass Frieden und Wohlstand zentrale Erfolge der europäischen Einigung sind. Doch der  
199 gemeinsam erwirtschaftete Wohlstand ist ungleich verteilt. Wir Jusos wollen daher den europäischen Gedan-  
200 ken, der auf der Sicherung von Frieden, Wohlstand und Demokratie ruht, um eine soziale Komponente erwei-  
201 tern.

202 Unsere Vision ist eine EU, die sozialen Frieden schafft und das Primat der Politik gegenüber dem Markt sichert.  
203 Die Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stellen eine wichtige Basis für eine funktionierende  
204 Gemeinschaft dar. Zu oft stehen in der EU allerdings wirtschaftliche vor sozialen Interessen. Gelingt es nicht,  
205 durch die europäische Einigung geschaffenen Wohlstand gerecht zu verteilen, werden zunehmende soziale  
206 Ungleichheiten den inneren Zusammenhalt der Union gefährden.

#### 207 *Menschenwürde schützen – Sozialunion einführen*

208 Wir Jusos wollen die Einführung einer europäischen Sozialunion zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Diese soll  
209 soziale Mindeststandards etwa bei der Existenzabsicherung und bei den Sozialversicherungssystemen be-  
210 inhalten. Die Bereitstellung einer Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung durch die Mitglieds-  
211 staaten soll europaweit zum Mindeststandard werden. Die jeweiligen Standards der Versicherungen sollen  
212 langfristig europaweit angeglichen werden. Gerade strukturschwache Mitgliedsstaaten sollen hierfür gezielt  
213 Förderungen erhalten, etwa durch einen europäischen Sozialversicherungsfonds, der sich aus Beiträgen der  
214 EU-Mitglieder speist. Dabei soll sichergestellt werden, dass individuell erworbene Anwartschaften (etwa we-  
215 gen bereits geleisteter Beiträge zur Rentenversicherung) effektiv in anderen Staaten genutzt werden können,  
216 sodass keine Nachteile durch eine Verlegung des Arbeitsortes in einen anderen Mitgliedstaat entstehen. Die  
217 einseitige Belastung von einzelnen Mitgliedsstaaten soll durch einen Ausgleichsmechanismus verhindert wer-  
218 den. Wir wollen die Würde des Menschen auf europäischer Ebene als unverletzliches Prinzip festschreiben.  
219 Diese kann auch im Falle von Struktur- und Sparmaßnahmen nicht untergraben werden, alles andere legt die  
220 Axt an den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

221 Wir Jusos unterstützen den jüngsten Vorstoß der EU zur Etablierung einer Europäischen Säule Sozialer Rechte  
222 (ESSR). Wir wollen die Weiterentwicklung der sozialen Dimension der EU und erwarten daher, dass die ESSR  
223 eine handlungsfähige Säule werden kann. Die ESSR erweitert allerdings die in den Verträgen festgelegten Auf-  
224 gaben und Befugnisse der EU nicht. Somit kann sie nur einen Zwischenschritt zu einem europäischen Solida-  
225 ritätsmechanismus sein.

226 Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, müssen Mindeststandards für ArbeitnehmerInnen europaweit  
227 gelten. Jeder Mensch muss in der EU die Möglichkeit haben, durch seine eigene Arbeit ein Leben in Würde  
228 führen zu können. Auf nationaler Ebene sind die Gewerkschaften zentrale Akteure im Kampf für soziale Ge-  
229 rechtigkeit. Je transnationaler Politik wird, desto wichtiger wird es allerdings, dass die Interessenvertretung der  
230 ArbeitnehmerInnen ihr folgt. Für in mehreren europäischen Ländern tätige Unternehmen wollen wir ein mit  
231 dem deutschen Tarifvertrag oder ähnlichen Formen der kollektivrechtlichen Vereinbarung auf europäischer  
232 Ebene schaffen. Wir fordern gemeinsame europäische Mindeststandards für betriebliche Mitbestimmung in  
233 Europa.

### 234 **Eine soziale EU braucht ein gerechtes Wirtschaftssystem**

235 Die europäische Einigung hat insbesondere durch die Einführung der Wirtschafts- und Zollunion den Wohl-  
236 stand der Menschen gesteigert. Doch ist dieser Wohlstand ungerecht verteilt, zwischen den Mitgliedsstaaten  
237 und auch innerhalb der Gesellschaften.

238 Die Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise hat diese ungerechte Verteilung weiter verschärft. Auch  
239 wenn bereits zuvor gerade südliche und östliche EU-Mitgliedsstaaten mit großer Armut und schleppender  
240 wirtschaftlicher Entwicklung zu kämpfen hatten, hat die Krise sichtbar gemacht, dass trotz Wirtschafts- und  
241 Währungsunion deutliche Unterschiede bei den Lebensstandards in der EU bestehen. Wir Jusos wollen unser  
242 Wirtschafts- und Finanzsystem reformieren und neoliberale und konservative Ansätze, die ganze Generatio-  
243 nen auf das Abstellgleis geführt und zur Krisenanfälligkeit beigetragen haben, endlich zurückdrängen.

#### 244 *Die Armut in Europa bekämpfen*

245 In einer Wirtschaftsunion derartiger Stärke muss Armut und soziale Ausgrenzung beendet werden. Wirkungs-  
246 lose Reformversprechen und teils schädliche Politikansätze als Reaktion auf die Krise haben die Armut für viele  
247 sogar verschärft.

248 Es ist an der Zeit, an dieser Situation durch wirkungsvolle und angemessene Reformen etwas zu ändern. Die EU  
249 muss die Bekämpfung von Armut zu einem Kernanliegen machen. Durch ein ambitioniertes Programm sollen  
250 in den nächsten fünf Jahren mindestens 20 Millionen Menschen aus Armut und Ausgrenzung geholt werden.  
251 Langfristig muss Armut europaweit der Vergangenheit angehören. Zur Erreichung dieser Vision braucht es  
252 eine europäische Plattform gegen Armut, die beispielsweise aus einem Investivfonds zur Stärkung der Bin-  
253 nennachfrage gespeist werden könnte. So kann auch der Anspruch, die Würde des Menschen europaweit zu  
254 stärken, gewährleistet werden. Das geforderte Programm soll von einer Expert\*innen-Kommission bestehend  
255 aus Mitgliedern der Mitgliedsstaaten entworfen werden und anschließend von der Europäischen Kommission  
256 im Parlament vorgelegt werden. Das Ziel hierbei ist eine europäische Richtlinie.

#### 257 *Würdevolle Arbeit europaweit sichern*

258 Der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit kommt im Kampf gegen Armut eine besonders große Bedeutung zu.  
259 Gute, auskömmliche Arbeit ist der beste Schutz vor Armut für Kinder oder Menschen im Alter. Wir wollen  
260 auf europäischer Ebene Maßnahmen prüfen, wie alle Mitgliedsstaaten wirkungsvoll dabei unterstützt werden  
261 können, Arbeitslosen in der EU die (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

262 Denkbar ist etwa ein europaweites Wiedereingliederungsprogramm und eine europäische Weiterqualifikati-  
263 onsagentur. Dies kann gerade deshalb auf europäischer Ebene sinnvoll sein, da sich viele Menschen, beson-  
264 ders der jungen Generationen, in einem Teufelskreis befinden: Die hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit geht zuwei-  
265 len mit wachsenden Schwierigkeiten bei der Besetzung freier Stellen einher. Dies deutet auf ein Missverhältnis  
266 zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt hin. Unzureichende Qualifikationen, begrenzte geo-  
267 grafische Mobilität oder eine fehlende attraktive Entlohnung sind einige der Ursachen hierfür. Diese Fragen mit  
268 Blick auf den Bedarf in ganz Europa in den Blick zu nehmen und bessere Koordinationsmechanismen zu ent-  
269 wickeln, um Bedarfe von Wirtschaft und Arbeitssuchenden besser zusammenzubringen, muss Aufgabe der EU  
270 sein.

271 Die ungleiche Anerkennung von Qualifikationen in Europa führt zu geringer Mobilität und verlorenem Poten-  
272 tial. Wir Jusos wollen die Anerkennung von Ausbildungen und Berufsabschlüssen europaweit angleichen und  
273 durch die Öffnung der Arbeitsmärkte europäische Perspektiven für alle Menschen schaffen. Gerade durch die  
274 Digitalisierung verändern sich die Anforderungen, neue Berufsbilder entstehen. Hierfür muss die Europäische  
275 Kommission Konzepte erstellen, wie solche zeitnah europaweit anerkannt und gleiche Ausbildungsstandards  
276 etabliert werden können.

#### 277 *Wirtschaftspolitik ist Beschäftigungspolitik*

278 Wir Jusos wissen, dass ein Wirtschaftssystem keinen Bestand haben kann, in dem große Teile der Gesellschaft  
279 von Arbeitslosigkeit betroffen sind oder durch Arbeit keinen angemessenen Anteil am geschaffenen Wohl-  
280 stand erhalten. Für uns ist klar: Die Wirtschaftspolitik der EU muss darauf ausgelegt werden, einen hohen  
281 Lebensstandards zu gewährleisten. Dafür braucht es ein gutes Monitoring und beschäftigungspolitische Maß-  
282 nahmen, um die Binnenkonjunktur anzukurbeln und gleichzeitig die sozialen Probleme in der Union zu lösen.  
283 Das Ziel ist Chancengleichheit beim Arbeitsmarktzugang und gleiche Bedingungen für die arbeitende Bevöl-  
284 kerung europaweit.

285 Für uns Jusos gilt, dass jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin ein Recht auf allgemeine und beruf-  
286 liche Bildung haben muss. Das Prinzip der Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern muss europaweit  
287 gewährleistet werden. Die Chancengleichheit mit Blick auf Beschäftigung, sozialen Schutz und öffentliche Bil-  
288 dung muss für alle Menschen europaweit gewahrt sein. Jedem Menschen steht eine frühzeitige und bedarfsge-  
289 rechte Unterstützung bei der Verbesserung des eigenen Beschäftigungsverhältnisses zu. Wir wollen ein Recht  
290 auf faire und gleiche Behandlung im Hinblick auf Arbeitsbedingungen sowie den Zugang zu sozialem Schutz  
291 und Fortbildung, Förderung des Übergangs in unbefristete Beschäftigungsform, innovativer Arbeitsformen,  
292 des Unternehmertums, der Selbstständigkeit und beruflicher Mobilität, Unterbindung von Beschäftigungsver-  
293 hältnissen, die zu prekären Arbeitsbedingungen führen, unter anderem durch das Verbot des Missbrauchs  
294 atypischer Verträge.

295 Das Recht auf eine Entlohnung, die einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht, muss allen EU-  
296 BürgerInnen zustehen. Wir Jusos fordern die Einführung eines Korridors für einen europaweiten Mindestlohn  
297 zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Dieser kann jedoch nicht europaweit einheitlich sein, sondern muss das je-  
298 weilige nationale Lohnniveau, die Lebenshaltungskosten und wirtschaftliche Voraussetzungen abbilden. Hier-  
299 durch kann auch gewährleistet werden, dass eine Mindestlohnregelung durch die steigende Binnennachfrage  
300 zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Dabei muss das Prinzip der Entlohnung entsprechend des Einsatzlandes und  
301 nicht des Endsenderlandes gelten.

### 302 *Die abgehängte Generation zurückgewinnen – Jugendgarantie umsetzen*

303 Durch die Krise wurde eine ganze Generation, insbesondere in den GIIPS-Staaten, abgehängt. Noch immer sind  
304 liegt die Jugendarbeitslosenquote in manchen EU-Ländern bei nahezu 50 Prozent. Wenn es nicht gelingt, zeit-  
305 nah ernstzunehmende Perspektiven durch die EU zu schaffen, ist diese Generation für Europa verloren.

306 Wir fordern eine europäische Jugendgarantie auf Arbeit: Das bedeutet, dass allen jungen Menschen unter 25  
307 Jahren binnen vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder die Schule verlassen haben, eine  
308 hochwertige Arbeitsstelle oder Weiterbildungsmaßnahme oder ein hochwertiger Ausbildungs- bzw. Prakti-  
309 kumsplatz angeboten wird – und zwar in der gesamten Europäischen Union, auch grenzüberschreitend. Für  
310 die Erfüllung dieser Garantie stehen bisher bis 2020 12,7 Milliarden durch den Europäischen Sozialfonds und  
311 die „Beschäftigungsinitiative für junge Menschen“ zur Verfügung. Da diese Programme zunehmend Wirkung  
312 entfalten, in Anbetracht des Problemumfangs aber auf Dauer unterfinanziert sind, müssen diese Mittel aufge-  
313 stockt werden.

314 Gerade die berufliche Bildung bietet für die junge Generation europaweit große Chancen, diese zu fördern und  
315 auf europäischer Ebene zu etablieren muss Aufgabe der EU-Kommission gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten  
316 sein.

### 317 *Das EURO-System zur echten Währungsunion machen*

318 Die Einführung des EURO war ein bedeutender Fortschritt für das europäische Integrationsprojekt. Die Wäh-  
319 rungsunion zu bewahren und Konstruktionsfehler zu beheben, ist von zentraler Bedeutung für die Europäi-  
320 sche Einigung. Während die wirtschaftliche Integration der letzten Jahrzehnte Wegbereiter für die europäische  
321 Einigung war, stellte die Einführung der Währungsunion mit vielen Konstruktionsfehlern und die kurz darauf-  
322 folgende Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise die EU vor eine Zerreißprobe.

323 Wir Jusos wissen, dass zu oft vermeintlich ökonomische Notwendigkeiten einer Wirtschafts- und Währungsuni-  
324 on politischen Befindlichkeiten untergeordnet wurden. Wir wollen die das Euro-System stärken und zu einer  
325 echten Währungsunion weiterentwickeln. Eine Währungsunion kann nur durch eine koordinierte Wirtschafts-  
326 und Fiskalpolitik gelingen. Außenhandelsungleichgewichte, unkoordinierte Verschuldung und eine Politik der  
327 nationalen Egoismen haben dazu geführt, dass die Europäische Zentralbank oft das auszugleichen versuchte,  
328 was die Regierungen der EURO-Länder nicht zu leisten vermochten. Wir wollen die Verantwortung für eine  
329 solidarische und funktionierende Währungsunion nicht länger auf die EZB schieben. Zu lange waren die natio-  
330 nalen Regierungen nicht bereit, Außenhandelsungleichgewichte zu reduzieren, Investitionsquoten zu erhöhen  
331 oder Strukturreformen anzugehen, oftmals entgegen der Empfehlung des europäischen Semesters. Die Zen-  
332 tralbankpolitik, ursprünglich als Notinstrument in Zeiten der Krise gedacht, hat sich zum Feigenblatt für die  
333 Untätigkeit der Politik gewandelt, dies wollen wir beenden.

334 Die EZB muss sich ihrer Rolle als Bewahrerin der Preisniveaustabilität zuwenden. Die Erfüllung von Wachstums-  
335 und Beschäftigungszielen kann nicht Aufgabe der Zentralbank sein. Niedrig gehaltene Zinsen und der Ankauf

336 von Anleihen in großem Stil zeugen von dem Versuch der EZB, die Untätigkeit der Politik zu kaschieren. Ge-  
337 grade in Zeiten global sinkender Realzinsen wird sichtbar, dass die EZB an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit  
338 gelangt ist. Niedrige Inflationsraten bei geringem Wachstum und niedrigen Zinsen zeugen davon, dass das  
339 Instrumentarium der EZB nicht länger ausreicht, die Märkte ausreichend zu stimulieren. Wir wollen eine Dis-  
340 kussion darüber anstoßen, ob das 2%-Inflationsziel angehoben werden muss. Das Quantitative Easing muss  
341 stückweise auslaufen, gleichwohl brauchen derartige Ankaufprogramme zur Erhöhung der Investitionsquo-  
342 ten und der Geldmenge eine sichere Rechtsgrundlage innerhalb der Währungsunion. Wir wollen außerdem  
343 die Kompetenzen der EZB, Finanzmarktstabilität zu wahren und gleichzeitig Bankenregulierung und im Falle  
344 deren Abwicklung einzufordern, von Interessenkonflikten befreien.

#### 345 *Kapitalmärkte nötige Fesseln anlegen – Finanzmarktregulierung endlich umsetzen*

346 Die Regulierung der Finanzmärkte darf nicht weiter in den Hintergrund rücken. Deregulierungen in amerika-  
347 nischen und asiatischen Märkten können nicht zum Vorbild europäischer Politik gemacht werden. Die Einfüh-  
348 rung der Finanzmarkttransaktionssteuer darf nicht länger aufgeschoben werden. Die Eigenkapital- und Sicher-  
349 heitsanforderungen etwa von Basel IV und Solvency II müssen konsequent umgesetzt werden. Der Einlagen-  
350 sicherungsfonds muss gestärkt, die Einlagen durch die Banken und Finanzinstitute deutlich erhöht werden,  
351 damit diese ihrer Sicherungsfunktion gerecht werden können. Eine konsequente Umsetzung der Stresstests  
352 muss gewährleisten, dass keine Bank innerhalb der EU *too big to fail* ist. Notfalls muss eine Zerschlagung sol-  
353 cher Banken auch tatsächlich durchgesetzt werden. Die Einlagen von KleinsparerInnen müssen abgesichert  
354 sein. Selbstverständlich muss eine solche Zerschlagung auch sozialverträglich für ArbeitnehmerInnen ablauf-  
355 en.

356 Wir wollen Frankfurt als europäisches Zentrum der Finanzmarktstabilität erhalten und weiter stärken. Die Um-  
357 wälzung der Finanzindustrie in Folge des Brexits dürfen nicht zu einem Kompetenzgerangel zwischen Finanz-  
358 standorten führen. Aufgrund der Präsenz zahlreicher bedeutender Regulierungsbehörden der EU und des  
359 EURO-Raumes sollten deshalb alle wesentlichen Institutionen für Finanzmarktstabilität an einem Ort angesie-  
360 delt werden.

361

#### 362 *Solide Haushaltspolitik – Das Ende des scheinheiligen Spardiktats*

363 Die Währungsunion kann auf Dauer nur bestehen, wenn gemeinsame Standards bei der Geldschöpfung und  
364 Verschuldung von Staaten eingehalten werden. Hohe Staatsschulden führen zu einer starken Abhängigkeit  
365 der jeweiligen Staaten von privaten KapitalgeberInnen und Finanzmärkten. Sie können zu Spekulationen auf  
366 Staatsbankrotte führen und stellen immer eine Umverteilung von unten nach oben dar. Wir Jusos wissen aber  
367 auch: vermeintlich ausgeglichene öffentliche Haushalte bei zu geringen Investitionen entsprechen keiner soli-  
368 den Finanz- und Haushaltspolitik. Wir wissen: Keine neuen Schulden zu machen, während Straßen und öffent-  
369 liche Gebäude marodieren und nicht ausreichend in Bildung oder Pflege investiert wird, stellt genauso eine  
370 generationenungerechte Politik dar, wie die ungehemmte Verschuldung von Staaten am Kapitalmarkt.

371 Die Stabilitätskriterien von Maastricht beruhen auf teils unhaltbaren Annahmen, etwa eines konstant hohen  
372 Wirtschaftswachstums. Auf europäischer Ebene fordern wir Jusos daher eine Überarbeitung der aktuellen Sta-  
373 bilitätskriterien. Antizyklische Wirtschafts- und Fiskalpolitik, wie sie etwa Deutschland während der Wirtschafts-  
374 , Finanz- und Staatsschuldenkrise erfolgreich umgesetzt hat, muss in den Stabilitätskriterien stärker Berück-  
375 sichtigung finden.

376 Leistungsbilanzungleichgewichte, die maßgeblich für die fatale Abwärts-Spirale der GIIPS-Staaten verantwort-  
377 lich waren, müssen besser erfasst und rechtzeitig unterbunden werden. Das Ziel des Außenhandelsgleich-  
378 gewichts zwischen den EURO-Mitgliedern muss daher konsequent Anwendung finden. Die strukturelle Über-  
379 schuldung von Staaten oder der Privatwirtschaft muss stärker unterbunden werden.

#### 380 *Investitionen ermöglichen – Wachstum nicht abwürgen*

381 Die noch immer lahmen Volkswirtschaften südeuropäischer Staaten, wie etwa Griechenland oder Spanien  
382 zeigen, dass die einseitige Sparpolitik gescheitert ist. Auch wir Jusos erkennen an, dass strukturelle Defizite  
383 in den Krisenstaaten bekämpft werden müssen, dies kann allerdings nicht durch reine Sparpolitik gelingen.  
384 Selbst IWF und EZB haben erkannt, dass bisherige Sparanstrengungen die Krise nur verschärft haben und  
385 Investitionen dringend nötig sind.



386 Kurzfristig müssen Investitionen ermöglicht werden, wie dies etwa in Deutschland erfolgreich mit Kurzarbei-  
387 terLohn, Abwrackprämie oder den Konjunkturpaketen I und II gelungen ist. Um die Schuldenlast dieser Länder widerherzustellen, fordern wir die Einführung eines Altschuldentilgungsfonds innerhalb  
388 dieser Länder. In diesem könnten beispielsweise alle Schulden oberhalb von 70 Prozent des BIP gemein-  
389 schaftlich eingelegt und abgewickelt werden. Dies würde die Zinsbelastung für so genannte Krisenstaaten  
390 spürbar reduzieren und den Raum für nötige, strukturelle Reformen überhaupt schaffen. Gleichzeitig wollen  
391 wir prüfen ob zur Reduktion der Schuldenlast die Möglichkeit besteht, die Rückzahlung stärker als bislang zu  
392 stunden.  
393

394 Die europäische Schuldenkrise hat seit zehn Jahren zu einer Ungleichverteilung von Zinsbelastungen geführt.  
395 Gerade Deutschland konnte beispielsweise besonders von niedrigen Zinsen auf zehnjährige Staatsanleihen  
396 profitieren, während die Krisenstaaten teils unverhältnismäßig hohe Sicherheitsprämien auszahlen mussten.  
397 Insbesondere exportierende Staaten profitieren von einem schwachen Euro. Europäische Solidarität bedeutet  
398 für uns Jusos, dass diese Mehreinnahmen gerecht verteilt werden müssen. So fordern wir ein europäisches In-  
399 vestitionsprogramm, das Konjunkturprojekte in besonders stark von der Krise betroffenen Staaten aufsetzen  
400 soll.

401 Langfristig wollen wir die Außenhandelsungleichgewichte und ungleiche Verteilung von Zinsgewinnen in der  
402 EU auch dadurch verteilen, indem wir einen monetären Ausgleichsmechanismus installieren wollen. Dieser  
403 soll allerdings kein automatisierter Finanzausgleich sein, der Fehlanreize bewirkt. Vielmehr streben wir ei-  
404 ne Angleichung an das höhere Leistungsniveau an. Fällt eine Region bei wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit  
405 oder Beschäftigung unter eine gewisse Quote, müssen zielgerichtete Investitionen durch einen europäischen  
406 Investitionsfonds erfolgen, der von den exportorientierten Nutznießern des gemeinsamen Währungsraums  
407 finanziert wird.

#### 408 *Wirtschaftspolitik der Zukunft – Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung*

409 Auch die EU steht vor der Herausforderung, sich in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung anzupassen,  
410 um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Europa muss sich stärker darum bemühen, Schlüs-  
411 selindustrien anzusiedeln und entscheidende Branchen des 21. Jahrhunderts, wie etwa die Plattformökono-  
412 mien, die Entwicklung der Quantentechnik und Umweltschutztechnologien bewusst zu fördern. Die EU muss  
413 in diesen Feldern eine Innovations- und Investitionsführerschaft erzielen, um der globalen Konkurrenz einen  
414 Schritt voraus zu sein. Dabei geht es nicht darum, andere Regionen auszusteichen, vielmehr wird es nur so  
415 gelingen, europäische hohe Standards in Datenschutz, Umweltverträglichkeit und Risiko-Management global  
416 zu verankern.

417 Der Klimawandel stellt die EU vor einen Strukturwandel, neue Antriebskonzepte und erneuerbare Energien  
418 verändern die globalen Wettbewerbsbedingungen im industriellen Sektor. Darauf muss die EU Antworten fin-  
419 den. Wir Jusos stehen für ambitionierte Ziele, um den Herausforderungen gerecht zu werden. So wollen wir  
420 mit einer Strategie im Kampf gegen den Klimawandel den europäischen Kontinent zum Vorreiter machen.  
421 Ziel muss es sein, die Treibhausgasemissionen im Verhältnis zu 1990 europaweit signifikant zu reduzieren.  
422 Europaweit muss der Energieanteil aus erneuerbaren Quellen deutlich erhöht werden, unser Ziel muss eine  
423 europäische Energiewende sein. Auch wollen wir die Energieeffizienz deutlich steigern. In einer Zeit, in der die  
424 EU knapp doppelt so viele Ressourcen verbraucht wie sie der Planet bereitstellt, wollen wir ein ressourcen-  
425 effizientes Europa. Eine gemeinsame Ressourcen- und Recyclingstrategie soll „seltene Erden“ und wertvolle  
426 Metalle schützen und einen nachhaltigen Lebensstil unserer Gesellschaft unterstützen.

#### 427 *Ein gerechtes europäisches Steuersystem*

428 Eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion bedeutet für uns Jusos auch, dass die Verantwortung für  
429 die Finanzierung öffentlicher Aufgaben gerecht verteilt werden. Steuerflucht von Unternehmen und ein Un-  
430 terbietungswettbewerb etwa im Bereich der Körperschaftssteuern schaden der gesamten Gesellschaft. Wir  
431 fordern daher, dass ein einheitlicher Körperschaftsteuer-Korridor auf europäischer Ebene eingesetzt wird.  
432 Der Kampf gegen Steuerflucht großer Unternehmen muss konsequent weiter vorangetrieben werden. Staa-  
433 ten, die Unternehmen unverhältnismäßige Zugeständnisse etwa bei der Körperschaftsteuer gemacht haben,  
434 sollen bis zur rückwirkenden Rücknahme solcher Vereinbarungen im Rahmen geltenden Rechts keine EU-  
435 Fördermittel mehr beziehen können. Die Bekämpfung von Steuerhinterziehung muss zentrale Priorität für die  
436 EU haben. Notfalls braucht es hierfür die Bereitschaft, entsprechende Staaten zu sanktionieren.

437 Wir wollen für mehr Steuergerechtigkeit langfristig auch die Angleichung von Einkommens- und Vermögens-  
438 steuern erreichen und hierfür Korridore auf europäischer Ebene vereinbaren. Steuern sollen nach unserem  
439 Dafürhalten dort gezahlt werden, wo Gewinne erwirtschaftet werden. Steuervermeidungsmodelle durch Ver-  
440 schiebung von Unternehmensgewinnen, beispielsweise durch Patentgebühren, wollen wir durch eine Quell-  
441 steuer verhindern.

442 Die Digitalisierung führt zu deutlichen Produktivitätsfortschritten bei rückläufigen Investitionen. Durch die Au-  
443 tomatisierung profitieren immer weniger ArbeitnehmerInnen von der Wertschöpfung. Hierauf müssen wir  
444 neue Antworten finden. Wir wollen auf europäischer Ebene einen Diskussionsprozess darüber initiieren, wie  
445 künftig automatisierte Produktionen besteuert werden können. Dabei müssen Robotersteuern oder Wert-  
446 schöpfungssteuern und ihre jeweiligen Auswirkungen vorurteilsfrei untersucht werden.

#### 447 *Koordination der Wirtschafts- und Fiskalpolitik*

448 Die Koordinierung unserer Wirtschafts- und Fiskalpolitik scheitert noch immer an nationalen Egoismen. Wir  
449 Jusos wissen: Nur dann werden die Vorteile der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion ihre volle  
450 Wirkung entfalten, wenn diese auch gerecht auf europäischer Ebene verteilt werden.

451 Die Umsetzung der Empfehlung der EU-Kommission muss daher rechtsverbindlich und sanktionierbar sein.  
452 Höhere Investitionsquoten, die Stärkung der Binnenwirtschaft, die Reduktion von staatlicher Verschuldung  
453 oder die Vermeidung von Exportüberschüssen sind im ureigensten Interesse aller EURO-Staaten. Um einen  
454 Positivanreiz für die Umsetzung der Empfehlungen der EU-Kommission zu schaffen, wollen wir einen Teil der  
455 Strukturmittel der Europäischen Union an betroffene Staaten erst dann freigeben, wenn die Empfehlungen in  
456 ausreichendem Maße umgesetzt sind.

#### 457 **Europas neue Rolle in der Welt**

458 Die EU wird immer mehr als eigenständige, gemeinsam handelnde Akteurin auf der internationalen Ebene  
459 wahrgenommen, der in der Lage ist globale Themen mit zu beeinflussen. Gerade in Zeiten einer unberechen-  
460 baren US-Außenpolitik, Russlands aggressiver und expansiver Außenpolitik, der langanhaltenden Konflikte in  
461 Syrien, in Afghanistan und vielen weiteren Regionen auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent muss  
462 sich Europa seiner Verantwortung stärker als bislang bewusst werden.

#### 463 *Stärkung der diplomatischen Stellung der EU*

464 Wir Jusos begrüßen eine weitere generelle Stärkung der diplomatischen Stellung der EU. Nur gemeinsam kön-  
465 nen die Mitgliedsländer der EU in Zeiten des rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs der Schwellenländer das nö-  
466 tige diplomatische Gewicht behalten, um etwa international gute Standards im Bereich des Arbeitsmarktes,  
467 des Umwelt- und VerbraucherInnenschutzes zu setzen oder im Sinne einer werteorientierten Außenpolitik  
468 weltweit Frieden und die Achtung der Menschenrechte zu fördern.

469 Damit die EU gemeinsam agieren und ihr volles Gewicht entfalten kann, muss die Institution der/des Hohe/n  
470 Vertreter/in für Außen- und Sicherheitspolitik, auch durch eine Kompetenzabgabe seitens der Nationalstaa-  
471 ten, weiter gestärkt werden. Europa muss mit einer Stimme sprechen und nationalstaatliche Interessen der  
472 Mitgliedsstaaten hintenanstellen.

#### 473 *Europäische Sicherheitspolitik weiterdenken*

474 Wir wollen die europäische Außenpolitik auch im Hinblick auf das Thema Sicherheits- und Verteidigungspoli-  
475 tik weiterentwickeln. Wir unterstreichen deshalb unsere Forderung nach einer europäischen Armee, die lang-  
476 fristig die einzelnen Armeen der Nationalstaaten ersetzen soll und als Parlamentsarmee dem Europäischen  
477 Parlament unterstellt ist.

478 Durch die damit einhergehende Vereinheitlichung von Material wollen wir durch Effizienzgewinne auch die  
479 Kosten für Verteidigung weiter senken. Gleichzeitig haben einzelne Mitgliedsstaaten große Kompetenzen in  
480 spezialisierten Bereichen – diese Spezialisierungen gilt es so zu nutzen, dass Überschneidungen und daraus  
481 folgende Überkapazitäten abgebaut werden können. Um den schnellen Aufbau einer europäischen Armee zu  
482 gewährleisten, fordern wir außerdem die Schaffung von gemeinsamen europäischen Ausbildungsstandards,  
483 die eine Zusammenführung vorbereiten sollen.

484 Auf dem Weg hin zur europäischen Armee unterstützen wir die Schaffung der europäischen Verteidigungsor-  
485 ganisation PESCO sowie den jüngsten Vorstoß einer gemeinsamen europäischen Eingreiftruppe durch Ema-

486 nuel Macron. Die Schaffung der europäischen Armee stellt dabei keinesfalls eine Konkurrenz zur NATO dar,  
487 sondern wird diese sinnvoll ergänzen und den europäischen Staaten zu einem höheren Gewicht innerhalb der  
488 Organisation verhelfen. Unser Ziel in der Rüstungspolitik bleibt es weiterhin, das Prinzip „Pooling & Sharing“  
489 zu etablieren.

490 Für uns ist unabdingbar, dass der Einsatz von europäischem Militär in Konflikten und Krisenherden nur in-  
491 nerhalb eines sehr eng gesteckten Rahmens stattfinden kann. Vorrang haben für uns Jusos stets die zivile  
492 Krisenprävention, Entwicklungshilfe und diplomatische Bemühungen. Maßgeblich für einen Eingriff ist für uns  
493 hierbei das Vorliegen von massiven und organisierten Verbrechen gegen die Menschlichkeit, denn aus unserer  
494 Sicht hat die EU als Verfechterin der Menschenrechte die humanitäre Pflicht, bei akuter Bedrohungssituation  
495 einzuschreiten. Grundsätzlich bekennen wir uns zu der Maßgabe, militärische Einsätze nur im Rahmen eines  
496 UN-Mandats durchzuführen. Nichtsdestotrotz sind wir uns der eingeschränkten Handlungsfähigkeit der UNO  
497 bewusst. Deswegen setzen wir uns für eine Reform des UN-Sicherheitsrates ein, um die Handlungsfähigkeit  
498 wieder herzustellen. In Härtefällen muss eine Europäische Armee zum Schutz menschlichen Lebens dennoch  
499 eingreifen können, wenn durch eine Blockade in der UN sonst politischer Stillstand und Untätigkeit im Ange-  
500 sicht humanitärer Katastrophen drohen.

501 Gleichzeitig sind kriegerische Interventionen für uns immer als letztes Mittel zu sehen, das nur dann gewählt  
502 werden darf, wenn alle anderen diplomatischen Optionen wie etwa Sanktionen völlig ausgeschöpft sind. Um  
503 die Entscheidung über den Einsatz von Militär im Ausland für die Bevölkerung so transparent wie möglich zu  
504 machen, fordern wir für solche Fragen die Entwicklung eines eigenen europäischen Kriterienkataloges, der  
505 dem Einsatz einer europäischen Armee klare, enge Grenzen setzt.

#### 506 *Außenpolitik durch Handelspolitik*

507 Handelspolitik ist ein entscheidender Bestandteil einer koordinierten europäischen Außenpolitik. Dabei wissen  
508 wir, dass Handel Wohlstand schafft, Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards und Rechtsstaatlichkeit  
509 verbreiten kann und Länder, die miteinander Handel betreiben, nicht aufeinander schießen.

510 Wir wollen durch Handelsabkommen unsere Prinzipien und Werte auf internationaler Ebene fördern. Grund-  
511 sätzlich halten wir deshalb auch die Schaffung einer gemeinsamen Freihandelszone mit den USA für richtig, da  
512 so verhindert werden kann, dass langfristig niedrigere Standards, etwa durch Verträge zwischen den USA und  
513 Asien, etabliert werden. Gleichzeitig dürfen wir die Kritik an den Verhandlungen zu TTIP nicht vernachlässigen:  
514 Es braucht eine größtmögliche Transparenz über mögliche Regelungen und eine Garantie, dass europäische  
515 Standards nicht abgeschwächt oder aufgeweicht werden. Der Vertragstext des Freihandelsabkommen CETA  
516 zwischen der EU und Kanada gibt dabei gute Standards im Hinblick auf den Investitionsschutz vor: Schiedsge-  
517 richte in Freihandelsabkommen der EU müssen zwingend öffentlich legitimiert sein und ihre Verhandlungen  
518 der Öffentlichkeit zugänglich machen. Wir legen dabei besonderen Wert auf die Neutralität der RichterInnen.  
519 Unser Ziel muss ein internationaler Handelsgerichtshof sein. Intransparente Schiedsgerichte wie das ICSID  
520 lehnen wir ab, da es das Primat der Politik untergräbt.

521 Der Abschluss bilateraler Handelsverträge durch die EU ist in Zeiten des Stillstands bei multilateralen Verhand-  
522 lungen richtig, dennoch muss es das erklärte Ziel der EU sein, ein internationales, multilateral vereinbartes  
523 Handelsregime zu unterstützen, das gleiche und faire Bedingungen für alle Nationen schafft.

524 In der Vergangenheit hat die EU eine Reihe von Freihandelsabkommen (EPAs) mit Ländern Afrikas und der Kari-  
525 bik abgeschlossen – weitere Abkommen befinden sich momentan in den Verhandlungen. Diese EPAs werden  
526 insbesondere wegen ihrer potentiell bedrohlichen Auswirkung auf die lokale Wirtschaft in den Ländern Afri-  
527 kas und der Karibik zurecht kritisiert. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass durch mehr Handel auch die  
528 betroffenen Entwicklungs- und Schwellenländer profitieren können, allerdings nur, wenn gewährleistet wird,  
529 dass die einheimische Industrie wirksam geschützt ist. Verhandlung für das Handelsabkommen müssen mit  
530 Afrika und der Karibik auf Augenhöhe geführt werden. Durch schrittweise abbaubare Zollschränken ist es  
531 möglich, die Wirtschaft an das veränderte Marktumfeld langsam zu gewöhnen.

532 Ziel europäischer Handelspolitik muss es sein, die modernen Formen von Sklaverei und Ausbeutung zu been-  
533 den und auf die Einhaltung (etwa ILO-Kernarbeitsnormen) beziehungsweise Schaffung sozialer Mindeststan-  
534 dards gerichtet sein. Die Ausgestaltung der EPAs muss mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse der Partnerländer  
535 nehmen, damit diese wirklich zu echten Handelspartnern werden, anstatt bloßes Ziel für europäische Exporte.

536 Notfalls fordern wir von der EU, auf die von der WTO geforderte Reziprozität bei den EPAs bewusst abzuse-  
537 hen.

#### 538 *Europa als Motor der Entwicklungszusammenarbeit*

539 Schon heute findet eine starke Zusammenarbeit der europäischen Nationalstaaten im Bereich der Entwick-  
540 lungszusammenarbeit statt. Wir wollen diese Zusammenarbeit stärker institutionalisieren und ähnlich des  
541 Konzeptes hinter der GIZ eine Organisation zur Durchführung von Projekten auf europäischer Ebene schaf-  
542 fen. Mittel-, bis langfristig sollen alle Mittel, die von den Mitgliedsstaaten für die Themen wirtschaftliche Zusam-  
543 menarbeit und Entwicklung verwendet werden, in dieser Organisation gebündelt werden. Wir unterstreichen  
544 dabei unsere Forderung nach der Einhaltung der ODA-Quote. Mindestens 0,7% des europäischen BIPs müssen  
545 für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet werden, damit die globale Ungleichheit wirklich verringert  
546 werden kann. Wir Jusos wissen: Nicht selten leiden Entwicklungs- und Schwellenländer unter unserem Wohl-  
547 stand und unserem Ressourcenverbrauch. Wir müssen unserer Verantwortung gerecht werden.

548 Die Grundlage für eine funktionierende Entwicklung ist für uns das Vorhandensein von starken politischen und  
549 gesellschaftlichen Institutionen. Finanzielle und personelle Mittel müssen deshalb zuerst für die Förderung  
550 der Rechtsstaatlichkeit verwendet werden, um staatliche Institutionen zu stärken und Korruption wirksam zu  
551 bekämpfen. Erst wenn ein Land überhaupt in der Lage ist, Hilfe wirkungsvoll zu verteilen und einzusetzen,  
552 macht Entwicklungszusammenarbeit wirklich Sinn. Wir wollen, dass die EU nicht als bloße Geberin auftritt,  
553 sondern als echte Partnerin wahrgenommen wird. Langfristig ist ein Projekt nach Vorbild des Marshall-Plans  
554 für Afrika zu schaffen. Unser grundlegendes Prinzip lautet daher: Hilfe zur Selbsthilfe.

#### 555 *Europa als verantwortungsvoller Nachbar*

556 Die Nachbarstaaten Europas unterscheiden sich stark in ihrer wirtschaftlichen- und gesellschaftlichen Entwick-  
557 lung sowie durch ihre kulturellen Hintergründe. Eine Politik, die auf die Stabilisierung und Entwicklung dieser  
558 Länder ausgerichtet ist, muss dieser Tatsache Rechnung tragen und auf die spezifischen Begebenheiten Rück-  
559 sicht nehmen.

560 Wir halten dabei die grundsätzliche Ausrichtung der europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), welche auf  
561 die Nachbarstaaten in Nordafrika und den Nahen Osten (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen,  
562 Marokko, Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien) sowie den Osten (Belarus, Moldau, Ukrai-  
563 ne, Armenien, Georgien, Aserbajdschan) ausgerichtet ist, für richtig. Gleichzeitig sehen wir Jusos aber Ver-  
564 besserungspotential in ihrer Ausgestaltung. So müssen die grundlegenden mittel- und langfristigen Ziele der  
565 ENP dringend genauer definiert werden, damit eine klare Strategie erkennbar wird. Auch im Hinblick auf die  
566 mangelhafte individuelle Differenzierung zwischen den Mitgliedsstaaten, muss die ENP weiterentwickelt wer-  
567 den.

568

#### 569 *Die Erweiterung der EU*

570 Die europäische Erweiterung ist in jüngster Zeit ins Stocken geraten. Wir sind der Überzeugung, dass die EU ein  
571 Projekt ist, welches schon zu Beginn darauf konzipiert wurde, durch eine stetige Erweiterung den gesamten  
572 Kontinent zu vereinen. Gleichzeitig muss klar sein, dass, wer Teil der Europäischen Union sein will, auch ein  
573 Mindestmaß an Rechtsstaatlichkeit braucht sowie für unsere Werte Demokratie und Freiheit einstehen muss.  
574 Die Staaten der westlichen Balkanregion befinden sich beispielsweise seit langer Zeit in Verhandlungsprozes-  
575 sen mit der EU und können glaubwürdige Anstrengungen vorweisen. Wir sind der Meinung, dass diese Länder,  
576 welche auch von EU-Staaten umschlossen sind, dringend eine echte Beitrittsperspektive brauchen. Für einen  
577 Beitritt der Kandidaten müssen jedoch die Kopenhagener Kriterien, insbesondere das institutionelle und das  
578 wirtschaftliche Kriterium, vollumfänglich erfüllt sein. Die EU muss hier mehr Förderung leisten und die Pro-  
579 zesse beschleunigen, wenn sie durch lange Verzögerungen nicht die Sympathien der örtlichen Bevölkerung  
580 verlieren will. Unser Ziel ist selbstverständlich eine Welt ohne Grenzen und Nationen.

#### 581 *Die EU-Türkeipolitik*

582 Das mit der Türkei bestehende Assoziierungsabkommen, welches den Beitritt des Landes vorbereiten soll,  
583 steht auf wackeligeren Beinen, denn je. Die jüngsten Entwicklungen des Landes hin zu quasi diktatorischen  
584 Strukturen beobachten wir dabei mit Sorge. Zwar sehen wir langfristig auch die Türkei als Teil der EU, halten

585 aber kurz- und mittelfristig einen Beitritt für unmöglich, solange nicht entscheidende Schritte hin zu mehr  
586 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gemacht werden.

587 Das völkerrechtswidrige Vorgehen der Türkei in Syrien, sowie der Umgang mit der kurdischen Minderheit,  
588 mit Pressefreiheit und Gewaltenteilung zeigen, dass die Türkei am Scheideweg steht. Sollte es nicht möglich  
589 sein, den aktuellen Trend der Totalisierung des Staates aufzuhalten, muss die EU den Mut haben, den Verlust  
590 gemeinsamer Werte und Grundsätze auch in der NATO zu thematisieren. Die EU muss nach Wegen suchen,  
591 sich der zweifellos bestehenden Druck-Situation durch das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei zu entziehen.  
592 Auch darf der vorzeitige Abbruch des Assoziationsabkommen, mit Möglichkeit der späteren Neuaufnahme,  
593 kein Tabu sein. Wir müssen gegenüber der Türkei den Mut haben zu zeigen, dass wir weiter Brüche der Prin-  
594 zipien der EU und NATO nicht tolerieren und den Türkischen Präsidenten klar signalisieren das dies nicht der  
595 Weg zu einem EU-Beitritt ist. Dies beugt einer weiteren Verzerrung der türkischen Wähler vor, in welcher ihnen  
596 suggeriert wird auf diesen Weg bald ein EU Mitgliedstaat sein zu können.

#### 597 *Den neuen Kalten Krieg verhindern*

598 An der östlichen Grenze der Europäischen Union herrscht große Angst vor unserem Nachbar Russland, die  
599 von Teilen der deutschen Gesellschaft als unbegründet oder selbst provoziert abgetan wird. Für uns ist klar,  
600 dass innerhalb EU die Sorgen der östlichen Mitgliedsländer vor russischen Militäraktivitäten ernst genommen  
601 werden müssen. Wir wissen, dass gerade in den baltischen Staaten große Ängste bestehen. Das Sicherheits-  
602 bedürfnis dieser Mitglieder muss für den Zusammenhalt der EU gewahrt bleiben und darf nicht leichtfertig  
603 abgetan werden. Die EU muss die hierfür nötigen Schritte einleiten.

604 Doch nicht nur in Osteuropa erlebt eine Einmischung durch Russland: Die Kooperation zwischen der russi-  
605 schen Regierung und rechtsnationalen Parteien und Bewegungen in vielen europäischen Staaten sehen wir  
606 kritisch. Eine Einmischung in die internen politischen Prozesse verbitten wir uns. Eine direkte oder indirekte  
607 Finanzierung politischer Parteien in Europa durch Russland ist nachzugehen und die nötigen Schritte vorzu-  
608 nehmen um dies zu unterbinden.

609 Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim hat gezeigt, dass der amtierende russische Präsident Putin auch  
610 nicht vor dem Einsatz von Militär zurückschreckt, um seine Einflussphäre auszuweiten. Das Prinzip der So-  
611 lidaritat gebietet es uns, unsere östlichen Mitgliedsländer zu unterstützen und zu schützen – alleine stehen  
612 sie Russland hilflos gegenüber. Wir stehen zum Minsker Abkommen: Wenn Russland sich an der Beilegung  
613 der militärischen Auseinandersetzung beteiligt, ist klar, dass Sanktionen aufgehoben werden. Wir bekennen  
614 uns jedoch auch zur Souveränität unserer Nachbarn: Wenn sich Staaten wie die Ukraine für einen Beitritt in  
615 internationalen Organisationen wie die EU interessieren, sehen wir keinen Grund dies grundsätzlich zu vernei-  
616 nen. Zudem streben wir an, dass Europa sich verstärkt um Unabhängigkeit von russischen Rohstoffimporten  
617 bemühet, um damit dieses Druckmittel zu nehmen.

#### 618 *Die Verantwortung Europas für afrikanische Staaten*

619 Die Europäische Union hat schon seit langem die Notwendigkeit einer Unterstützung der afrikanischen Staa-  
620 ten erkannt und mit den sogenannten Lome-Abkommen sowie dem darauffolgenden Cotonou-Abkommen  
621 finanzielle Mittel der Mitgliedsstaaten gebündelt. Obwohl die Mittel immer wieder erhöhet wurden und dem  
622 Cotonou-Abkommen eine zielführende Strategie gegeben wurde, lassen sich Erfolge kaum erkennen. Wir for-  
623 dern angesichts des Auslaufens des Cotonou-Abkommens im Jahre 2020 ein Cotonou 2.0, das andere Schwer-  
624 punkte in der Entwicklungszusammenarbeit legt.

625 Analog zu unserer Vorstellung von guter Entwicklungszusammenarbeit, muss auch in Afrika der Fokus darauf  
626 liegen, staatliche Institutionen so zu fördern, dass der Rechtsstaat gestärkt wird und ein nachhaltiges Wachs-  
627 tum ermöglicht werden kann. Dabei dürfen wir auch die Vielfalt des Kontinents nicht aus den Augen verlieren:  
628 Es gibt nicht „ein“ Afrika. Wir haben auf der einen Seite Länder mit einer halbwegs stabilen Entwicklung, wie  
629 etwa Kenia oder Südafrika, auf der anderen Seite aber auch Länder wie den Kongo, der von kriegerischen  
630 Konflikten geprägt ist, oder Burkina Faso, in dem große Armut herrscht. Ein Cotonou 2.0 muss diesem Hin-  
631 tergrund Rechenschaft tragen und eine diverse Herangehensweise an die Bedürfnisse der einzelnen Länder  
632 ermöglichen.

633 Die Neuordnung der EU-Afrikapolitik muss ein Umdenken im Bereich der Agrarsubventionen beinhalten. Die-  
634 se Mittel, welche aus dem EU-Haushalt finanziert werden, sorgen dafür, dass ein Anreiz zur Überproduktion  
635 von gewissen Agrargütern entsteht. Gleichzeitig können die Güter dadurch so billig produziert werden, dass

636 sie durch den Export nach Afrika die dort heimische Agrarproduktion preislich deutlich unterbieten. Dadurch  
637 werden besonders die in vielen Entwicklungsländern vorherrschenden kleinbäuerlichen Strukturen vernichtet,  
638 da die LandwirtInnen ihre Güter nicht mehr zu einem kostendeckenden Preis anbieten können.

639 Wir betonen deshalb unsere Forderung nach einer Reduzierung und Neuordnung dieser Subventionen, da  
640 sie einen marktverzerrenden Charakter haben und unsere Anstrengungen für eine nachhaltige Entwicklung  
641 besonders auf dem afrikanischen Kontinent untergraben. Die EU sollte in Zukunft Daten über die durchschnitt-  
642 lichen Produktionskosten in Entwicklungsländern erheben und so einen Vergleich mit den Exportpreisen er-  
643 möglichen. Dadurch wird es möglich, bei exportierenden Unternehmen eine Abgabe zu erheben, die sicher-  
644 stellt, dass Produkte nicht zu niedrigeren Preisen ausgeführt werden. Für uns ist klar, dass die Förderung  
645 von Modernisierungsinvestitionen in Gänze eingestellt werden muss – die Subventionen sollen sich zukünftig  
646 auf die gesellschaftlichen Ziele Umwelt- und Landschaftsschutz, Lebensmittelsicherheit, Tierschutz und För-  
647 derung ländlicher Räume konzentrieren. Der Austausch und die Unterstützung verschiedener afrikanischer  
648 Länder sollte beidseitig geschehen. Hier geht es nicht darum, dass ein "starkes" Europa dem "armen" Afrika  
649 hilft, sondern ein beidseitiger Austausch entsteht.

650 *Der Brexit – eine Frage des Prinzips*

651 Der Austritt des vereinigten Königreichs stellt eine Zäsur für die Entwicklung der EU dar. Wir bedauern die  
652 Entscheidung zutiefst, gleichwohl darf der Brexit nicht dazu führen, dass das Vereinigte Königreich die Vorteile  
653 der EU weiterhin genießen kann, während Verpflichtungen entfallen.

654 Wir unterstützen dabei die aktuelle Linie der Europäischen Union in den Verhandlungen um den Brexit aus-  
655 drücklich. Eine mögliche Mitgliedschaft Großbritanniens in der Zollunion oder ein neues Freihandelsabkom-  
656 men muss an die Akzeptanz europäischer Bedingungen, wie der Freizügigkeit geknüpft werden. Sonderre-  
657 gelungen für einzelne Wirtschaftsbereiche schließen wir aus. Bewegungen innerhalb Englands, eine erneute  
658 Abstimmung anzustreben, unterstützen wir Jusos indes.